Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Nummer 10 Pfge. Auflage 37000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Stich in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Stelzner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Montag bis 12 Uhr Mittags, Sonntags bis 10 Uhr Vorm. angenommen, Sonntags bis Mittags 1/2 1 Uhr. Im Verkehr mit an Wochentagen nicht geöffneten Kassen bis Nachm. 5 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt 30 Pfg.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen bitten wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Mit Stehen kostet 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Shlips- und Cravatten-Fabrik
Richard Poppe,
Fabrik Freiberger Platz 31,
Engros-Lager Freiberger Platz 9,
empfiehlt **Neuheiten** zur Saison.

Robert Böhme jun.,
nur Gewandhaus-Strasse, Café Français.
Ausserordentlich reich assortirtes Lamalager, vom billigsten bis zum besten. Flanell und Molton in allen Qualitäten zu Röcken, Beinkleidern, Jäckchen etc. Barchent, weiss und bunt in grösster Auswahl. Kleiderstoffe in reiner Wolle, beste Geraer Fabrikate, in hochfeiner Waare, à Mtr. nur 1 M. Schwarzer Cachemir in grosser Auswahl.

Tapisserie-
Weihnachts-Ausverkauf
zu bekannt billigsten Preisen.
Hartmann & Saam,
Schlossstrasse 17, gegenüber dem kgl. Schloss.

En gros. **Kaufhaus Laden 6.**
Japan- und **China-Waaren** und **Thee** (Specialität).
Einziges Import-Geschäft dieser Branche im Königreich Sachsen.
R. Seelig,
Kaufhaus Laden 6. **En detail.**
Beliebteste Artikel zu **Geschenken.** Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
NB. Namentlich sind zu diesem Zwecke die fein lackirten und mit Perlmutter ausgelegten **Holzwaaren** sehr beliebt und geschätzt.

Nr. 335. Witterung vom 30. November. Barometer nach Oskar Böjeldt, Wallstr. 15 (Höhe 116.) 771 Mill., seit gestern 3 Mill. gestiegen. Thermometerstand u. Wetter: Temper. 7° R., niedr. Temp. 5° R., höchste Temp. 8° R. Süd-Wind. Heiter.

Aussichten für den 1. December: Zunächst ziemlich heiter, trocken, später Trübung.

Donnerstag, 1. Dec br.

Politisches.

Es ist nicht nur die Fortschrittspartei, welche den Preis des Eintrittes Hamburgs in die Zolleinheit des Reiches zu hoch findet, sondern Männer aller politischen Schattirungen werden im Reichstage dem Kanzler die Durchdringung seiner Vorlage schwer machen. Wenn die Fortschritts-Sezessionisten den neuen Titel, den ihnen Bismarck gegeben, „Freihandelspartei", acceptiren, so verliert der Einwand dieser Partei gegen die Zolleinigung der praktischen Bedeutung. Die Sezessionisten treiben mit der Frage Politik; ihnen sind nicht die 40 Millionen zu viel, sondern sie verbeißen sich in die abgethane Ansicht, der Freihandel überhaupt und derjenige Hamburgs insbesondere, sei für die wirthschaftliche Zukunft des deutschen Reiches nützlich. Anders stellt sich die übrige Opposition; sie ist nicht gegen das Zollsystem des Reiches, noch gegen die Einverleibung Hamburgs, sondern sie behauptet, die Summe von 40 Millionen, die dem Reiche, und weiterer 40 Millionen die Hamburg zugemuthet werden, seien zu hoch für das, was man damit erkauft. Möglich, daß, wenn man Hamburg den Freihafen ganz hätte entziehen können, der See-Handel dieses deutschen Hafenplatzes vernichtet worden wäre. Aber wenn Hamburg von seinem Konsum und Transit ausländischer Waaren abgedrängt worden wäre, so kam dies der deutschen Industrie im höchsten Grade zu Gute. Jetzt zahlen Reich und Freistaat 80 Millionen für die Erhaltung des früheren Zustandes, denn, daß der Freihafen verkleinert und die Speicher außerhalb der Zolllinie verlegt werden, macht die künftige Zollkontrole vielleicht wirksamer und bequemer, aber im Prinzip ist nichts geändert, als daß die Stadt Hamburg und ihr Anner, ihren Konsum ausländischer Waaren höher versteuern müssen, und die deutsche Einfuhr frei haben. Da auch jetzt schon auf jeden Einwohner Hamburgs eine Aversionalsumme fällt, die er anstatt direkter Versteuerung als Zollausfallsentschädigung zu zahlen hat, so ist der materielle Gewinn des Reiches nicht eben groß, wenn die Hamburger künftig mehr in Deutschland kaufen und das Gekaufte zollfrei verbrauchen können, gegen die einzige Bedingung, daß sie ausländische Waaren künftig versteuern müssen. Die politische Einigung wird jeder Patriot als einen Gewinn anerkennen, aber eine Last von 80 Millionen, und mit Bremen und Altona vielleicht von 120 Mill., dafür, daß im Wesentlichen Alles beim Alten verbleibt und das zollfreie Gebiet verkleinert wird, — eine solche Last dünkt viele Volksvertreter zu unverhältnißmäßig. Man darf gespannt sein, welche Erläuterung die Bundesregierungen in der Kommission geben werden, um die Vorlage in einem vortheilhafteren Lichte erscheinen zu lassen.

Die Verlegung des päpstlichen Stuhles nach Deutschland beschäftigt die liberale Presse eifriger als es nöthig wäre. Wer mit den Einrichtungen der katholischen Hierarchie einigermaßen vertraut ist, kennt auch das Netz, das die katholische Hierarchie über die Welt ausgespannt hat, und dessen unendlich feine Maschen, wenn schon unsichtbar, alle in Rom zusammenlaufen. Den Knotenpunkt dieses Organismus verlegen wollen, hieße ihn zerreißen, und das hätte gerade jetzt, in Zeiten wo die religiöse Disciplin bedeutend gelockerter erscheint als im Mittelalter, seine schwersten Bedenken. Das Papstthum kann die Rolle, die es vermöge historischer Continuität in Italien spielt, und zu welchem eine Umbildung der Massen unerläßlich ist, nirgend anders, am wenigsten aber in dem hochgebildeten Deutschland spielen. Das weiß Leo XIII. sehr gut. Mag er und die Jesuiten auf die Italiener den Schreckschuß einer Regierungsverlegung abfeuern so oft das politisch nöthig erscheint, um Pression zu üben — uns in Deutschland soll das unangefochten lassen. Weder die 30 Millionen Protestanten noch 16 Millionen Katholiken Deutschlands, mögen sie noch so achtungsvoll oder ergeben über das Papstthum denken, sind das geeignete Publikum, das der Papst bedarf. Weit näher dem Kernpunkt der Verhandlungen, die zwischen Rom und Berlin schweben, kommt wohl die offiz. Leipziger Zeitung. Das amtliche Sächs. Organ, dem eine gewisse Fühlung mit dem kathol. Ultramontanismus nicht wohl abzusprechen sein dürfte, sagt: „Es scheint zutreffend zu sein, daß der Papst die Vermittelung des deutschen Reiches in Anspruch genommen hat zur Wiederherstellung seiner weltlichen Macht und die Mission des Kardinales Hohenlohe damit in Verbindung steht. Man hat in Berlin die Zurückhaltung, die man in auswärtigen Fragen allgemein beobachtete, niemals so weit getrieben, wie liberale Blätter wohl behaupten und das Prinzip der Nichtintervention es verlangt. Die römische Frage ist nun einmal keine schlechtweg italienische. An ihrer Lösung ist jeder Staat mit katholischen Unterthanen interessirt, wie viel mehr Deutschland, das deren 16 Millionen zählt und bei seiner konfessionellen Zerrissenheit mehr denn irgend ein anderes Land auf kirchlichen Frieden und ein gutes Verhältniß mit Rom angewiesen ist, besonders unter den heutigen Verhältnissen. Es sollte uns darum auch keineswegs Wunder nehmen, wenn von den deutsch-römischen Verhandlungen bald mehr in die Oeffentlichkeit gelangt". Nein, das würde nicht Wunder nehmen; erst dann, wenn es authentisch feststünde, daß deutscherseits Neigung vorhanden wäre, die römisch-weltlichen Prätensionen des Papstes zu unterstützen, würde die Zeit gekommen sein, die Frage zu discutiren. Einstweilen wird der Reichskanzler keine Lust verspüren, seine politische Popularität auf dem Hochaltar des römischen Jesuitismus als Opfer darzubringen. Und wenn ja der eiserne Kanzler weich geworden wäre im Laufe der Jahre, so wäre die deutsche Staatsidee genugsam stark, einem Compromiß kräftig zu wehren, der mit dem Frieden der Welt erkauft werden müßte. Wenn die absolut katholischen Staaten nur ein bedauerndes Achselzucken haben bei den irrigen Klagen des Papstes, er könne ohne weltliche Herrschaft nicht mehr in Rom auskommen, so hat Deutschland, das Mutterland der evangelischen Kirche, gewiß nicht die Aufgabe, für die Ideale des finstern Mittelalters das Schwert zu ziehen, etwa um selbst wieder in Canossa zu betteln, wenn durch seinen Arm Rom erst wieder mächtig geworden ist.

Schlimm steht es mit dem Klerikalismus in Frankreich und man sollte glauben, dort hätte Rom's Pontifex maximus alle Hände voll zu thun, um die Religion selbst vor dem Untergange zu retten. „Le cléricalisme c'est notre ennemi!" rief ein französischer Redner vor drei Jahren. Derselbe Redner ist jetzt der oberste Machthaber in Frankreich und heißt Gambetta, und sein Religions- und Unterrichtsminister heißt P. Bert und ist Atheist. Wahrlich, wenn Rom weniger an politische Herrschaft und Herstellung der weltlichen Papstmacht denken und mehr, wie es doch der Sinn der Religionen ist, die Gläubigkeit, den Frieden der Gemüther, die gegenseitige Duldung im Auge behalten wollte, wie würde Rom jetzt in Frankreich, wo viele Gemüther durch die republikanische Unduldsamkeit erregt und erbittert, sich nach einem Ende des irreligiösen Terrorismus umsehen — wie würde der Papst hier wirken können. Frankreich, das unter Napoleon III. in den Banden der Klerisei schmachtete, ist in das andere Extrem verfallen und rüttelt an den Säulen aller weltlichen und geistlichen Ordnung, rathlos fragt der friedliche Landmann und fromme Kleinbürger nach den Tröstungen der Christenlehre — hat Papst Leo dafür kein Herz, hat er dabei Zeit an päpstliche Zukunftssoldaten zu denken, wenn er wieder ein Stück Land haben würde, so mag das die Katholiken Deutschlands belehren, daß der Papst nicht zu ihrem Segen nach Deutschland kommen würde, das ihm blos eine politische Handwaffe abgeben soll, dessen Friede ihn aber ebenso kalt läßt, wie der Friede Frankreichs ihn nicht rührt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 30. Novbr.

Reichstag. Fürst Bismarck ist schon vor Beginn der Sitzung anwesend und hat unter den Abgeordneten neben v. Kleist-Retzow Platz genommen, mit dem er sich sehr lebhaft unterhält. An Stelle des zurückgetretenen Grafen v. Kleist wird Abg. Wichmann zum Schriftführer gewählt. Folgt Fortsetzung der Etatsberathung. Beim Etat des Reichskanzleramtes fragt Prof. Virchow, wie sich die Verhandlungen mit Rom gestaltet haben. Reichskanzler Fürst Bismarck erklärt, daß Verhandlungen gegenwärtig überhaupt mit dem römischen Stuhle nicht im Gange seien. Die Beziehungen, die Prof. Virchow meint, sind nicht die des Reiches, sondern die Preußens. Im preußischen Landtage würde ich darüber Auskunft geben können, aber ich glaube nicht, daß die gewünschten Mittheilungen dem Lande nützlich sein können. Dem preußischen Budget wird eine Position für Errichtung einer Vertretung beim päpstlichen Stuhle eingefügt werden. Die Sprache, die früher von römischer Seite geführt wurde, hat den Kampf hervorgerufen; die Beziehungen zum jetzigen Inhaber des päpstlichen Stuhles sind freundlich und ist deshalb keine Ursache vorhanden, den Interessen der katholischen Einwohner nicht Rechnung zu tragen. Die Vertretung wird nicht eine solche wie bei einer auswärtigen Macht sein können, sondern eine Vertretung beim obersten Priester der katholischen Kirche. Im Augenblicke erscheint eine Einzelvertretung als angezeigt, was aber nicht ausschließt, daß dieselbe, wenn die vereinigten Bundesregierungen dies für nöthig erachten, sofort in eine Vertretung des gesammten Deutschlands übergeführt werden kann. Ich wünsche, daß wir dem Frieden möglichst nahe kommen. Dr. Windthorst hätte es für richtiger gehalten, wenn angeknüpft worden, wo man abgebrochen: mit einer deutschen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle, anerkennt aber dankbar, daß seitens der Regierung endlich die Initiative ergriffen worden. Um Deutschland fester zu gründen, schaffe man religiöse Freiheit. Er geißelt die „Toleranz" der fortschrittlichen Professoren. Virchow wahrt sich dagegen. Nur die vielgepriesene Windthorst'sche Kirche sei stets intolerant gewesen. Er hätte geglaubt, der Kanzler würde konsequenter sein; er habe sich getäuscht. Wenn der Papstsitz in das Land verlegt werden sollte, dann würde die Sache doppelt unheimlich. Fürst Bismarck: Es habe sich für ihn nie um einen konfessionellen Streit, sondern um eine Machtfrage gehandelt. Der Konflikt dürfe kein dauernder, das Ziel müsse der Frieden sein; er kämpfe doch nicht, um zu kämpfen. Uebrigens hätte er den Kampf auch gar nicht fortsetzen können, da ihn seine Bundesgenossen verlassen hätten. Dr. Reichensperger-Krefeld: Dem Christenthum stehe eine antichristliche Richtung gegenüber. Die Professoren seien doch sonst immer stolz darauf, die Vorurtheile der Religion abgeschüttelt zu haben. Dr. Hänel: Er habe das protestantische Bewußtsein nicht aufgerufen, sondern nur gewarnt. Fürst Bismarck antwortet auf verschiedene Anführungen. Die Liberalen hätten für ihre Unterstützung einen Preis gefordert, während das Centrum dieselbe lediglich aus sachlichen Gründen bei der Zollreform gewährt habe. Er schlage wieder, wenn er geschlagen werde. Dazu habe er sich nicht vermiethet, wehrlos allen Angriffen ausgesetzt zu sein. v. Kleist-Rhetzow meint, Virchow und Hänel seien festgenagelt worden wie gewisse Thiere an das Scheunenthor, was einen ungeheuren Lärm hervorruft und dem Redner den Ordnungsruf einträgt. Auf eine Bemerkung v. Kleist's bemerkt Fürst Bismarck: Die Civilehe sei ihm von keiner Partei aufgedrängt worden, vielmehr hätten ihn seine Kollegen im Ministerium zu dieser Concession veranlaßt. — Eine längere Debatte entspann sich über das Konsulatswesen. Abgg. Kapp und Sonnemann sprachen für Vermehrung der Berufs-Konsulate und praktische Ausbildung der Konsuln. Fürst Bismarck stellte eine diesbezügliche Vorlage in Aussicht. Er habe schon früher eine zeitweise Beschäftigung der in den Reichsdienst tretenden Personen im praktischen produzirenden Leben geplant. Die Etatsberathung wird sodann auf morgen vertagt.

Berliner Börse. Eine Anzahl dunkler Attentatsgerüchte drückte russische Werthe und übertrug sich diese Stimmung bald auch auf andere Gebiete, so daß die Haltung im Allgemeinen matt war. Schluß etwas fester, aber still. Deutsche Bahnen fest, theils besser, namentlich Anhalter. Oesterr. Bahnen schwach. Banken still, knapp behauptet. Bergwerke und Industrien unbelebt. Deutsche Fonds lustlos, fremde gedrückt. Russ. Noten 1 Mark niedriger.

Lokales und Sächsisches.

— Der zum Leipziger Polizeipräsidenten ernannte Herr Oberstaatsanwalt Friedrich Richter in Chemnitz ist auf sein Ansuchen unter Belassung des Titels und Ranges aus dem Staatsdienst entlassen worden.

— Landtag. Die Kopisten bei den Land- und Amtsgerichten, sowie den Staatsanwaltschaften haben an die Ständeversammlung eine Petition um Inwegfallstellung der Lohnschreiberei, d. h. um Fixirung der Schreibelöhne gerichtet. Der Inhalt der von 340 Kopisten aus 91 Land- bez. Amtsgerichten des Königreiches unterschriebenen Petition geht im Wesentlichen dahin: Die Dienstleistungen der Petenten bestehen hauptsächlich in der Anfertigung von Rein- und Abschriften und von Urkunden. Der dermalige Preis der letzteren beträgt pro Bogen 35 Pf., der der Rein- und Abschriften 30 Pf.; daneben aber seien die Offizialarbeiten, als Aktenheften, Rubrisiren, Registrandenführen, Ausfertigen, Liquidiren ꝛc. unentgeltlich zu leisten. Die Gesuchsteller behaupten, daß in den verschiedenen Geschäftsabtheilungen das Verdienst bei gleichen Leistungen verschieden sei und manche 30—40 Proc. mehr verdienen, ohne mehr zu arbeiten, als andere. Ein so ungenügendes und unbestimmtes Einkommen lege ihnen Nahrungssorgen auf und ein ihrer Stellung entsprechender Aufwand an Kleidung und Wäsche schmälere ihren kümmerlichen Verdienst, dem durch die Zeit der Gerichtsferien, welche den Beamten Ruhe und Erholung gestatte, weiterer Abbruch geschähe. Ihre trostlose Lage gestatte ihnen nicht einmal in eine Krankenkasse einzutreten. Ihr Streben gehe dahin, sich für den Expedientendienst auszubilden, pekuniär aber seien sie schlechter gestellt als die Diener bei den Gerichten, welche von ihrem Dienstantritt an pro Monat 75 Mk. erhielten und von 5 zu 5 Jahren eine jährliche Zulage von 75 Mk.; sie wünschen den Dienern im Gehalt gleichgestellt zu werden und bitten, gleich den ähnlichen Arbeitern bei anderen staatlichen Anstalten, monatlich remunerirt zu werden, mit dem Hinweis, daß eine feste Ansoldung auch qualitativ bessere Arbeitsresultate erzielte. Die Petitions-Deputation der 2. Kammer weist der Petition entgegen darauf hin, daß das jährliche Einkommen eines der dermalen bei den Justizbehörden beschäftigten 558 Kopisten zwischen 1094 Mk. als Maximum und 1313 Mk. als Minimum schwankt. Der mittlere Verdienst stellt sich auf 40 bis 100 Mk. monatlich. Strebsame Kopisten werden nach fünfjähriger Funktionirung als Lohnschreiber so weit sein, daß sie als sogenannte remunerirte Kopisten Verwendung finden, als solche aber werden sie zu Expedienten-Geschäften verwendet und erhalten monatlich 75 Mark Fixum. Bewährt sich der Kopist in dieser Stellung, so tritt er dann als sogen. Hilfsexpedient, später als wirklicher Expedient ein. Der Kgl. Kommissar andererseits erklärte, daß die Regierung sich mit der Petition nicht befreunden könne, das aber das Justizministerium nicht abgeneigt sei, sobald die Gerichtsschreiberei definitiv eingerichtet seien, das Geschäft der Lohnschreiberei versuchsweise, wie in anderen Ländern, an Gerichtsschreiber zu verdingen. Der letzteren Ansicht gegenüber erhoben sich Bedenken in der Deputation, da ein derartiges Verfahren eine Ausbeutung der Kopisten durch die Gerichtsschreiber befürchten lasse. Trotz alledem hat sich die Deputation in Anerkennung der nicht allenthalben befriedigenden Lage der Petenten einstimmig entschlossen, der Kammer zu empfehlen, die Petition der Kgl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übermitteln. Die zweite Kammer wird sich demnächst mit dieser Vorlage beschäftigen.

— Die Mitglieder der zweiten Kammer haben gestern auf Einladung des Herrn Finanzministers v. Könneritz eine Exkursionstour nach Kirchberg unternommen, um sich von den Einrichtungen und der Ausführung der kürzlich eröffneten Sekundärbahnlinie Wilkau-Kirchberg ad oculos zu überzeugen. Der Ausflug war vom prächtigsten Wetter begünstigt. Die Herren kehrten Abends 1/28 Uhr wieder in die Residenz zurück und behalten wir uns vor, über den Verlauf und die Ergebnisse dieser parlamentarischen Spritzfahrt morgen eingehender zu berichten.

— Nachdem betreffs der Petition des Herrn Direktor Müller in Sachen der Dresdner Miethzinssteuer den formellen, durch das Preßgesetz vorgeschriebenen Bedingungen seitens des Comités entsprochen worden, ist die Beschlagnahme der Druckexemplare genannter Petition durch die Kgl. Staatsanwaltschaft aufgehoben worden. Es steht also der weitesten Verbreitung der Petition und Betheiligung an derselben durch Unterschrift nicht das geringste Bedenken mehr entgegen.

— Aus dem Freiberger Reichstagswahlkreise schreibt man uns gegenüber der neulichen Erklärung der fiskalischen Hüttenarbeiter, daß dieselbe nur künstlich mit den Thatsachen in Uebereinstimmung zu bringen ist. Jene Erklärung behauptete, daß „die meisten unter ihnen ihre Stimmen dem Ordnungskandidaten zugewendet hätten". Nun hat aber Herr von Oehlschlägel in den überwiegend von fiskalischen Hüttenarbeitern bewohnten Ortschaften Tuttendorf, Sand, Weißenborn, Zug und Halsbrücke zusammen 159, der Sozialdemokrat aber 597 Stimmen erhalten. Die wenigen in diesen Orten wohnhaften Gutsbesitzer, Geistlichen, Lehrer und Beamten nebst ihrem Anhange haben ersichtlich jene 159 Stimmen aufgebracht; woher die 597 sozialdemokratischen Zettel gekommen sind, ist nicht schwer zu errathen. Nachträglich mögen es die im königlichen Solde stehenden ober- und niedermuldener Hüttenarbeiter bereut haben, aber die Thatsache wird damit nicht aus der Welt geschafft. Eine Hauptschuld an dem beklagenswerthen Ausfall der Wahl trägt der Umstand, daß die in ihrer Mehrzahl nationalliberal gesinnten Hüttenbeamten und Professoren eben wegen dieser Parteirichtung auf die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß auszuüben vermögen.

— Herr Dampfkessel-Inspektor Siebdrat hält auch in diesem Jahre wieder Vorträge über Einrichtung und Bedienung von Dampfkesseln ꝛc. Im Interesse der Herren Fabrikanten, sowie der Heizer und Maschinenbediensteten selbst liegt es, in ihrem Fache möglichst ausgebildet zu sein. Den Betreffenden wird nach Ablauf des Kursus ein Zeugniß über die gehörten Vorträge von der Prüfungskommission ausgestellt und finden die Vorträge wiederum in der K. Kunstgewerbeschule, Abends von 8—1/210 Uhr statt.

— Mehr Licht! Die unter diesem Anrufe hin und wieder laut werdenden Klagen über mangelhafte Gasbeleuchtung, auch in unserer Vaterstadt, erscheinen bei näherer Betrachtung derselben sehr ungerechtfertigt. Bei dem Durchwandern einzelner Straßen und Plätze lehrt allerdings der Augenschein, daß Vieles noch im Dunkeln liegt und theilweise bestätigen selbst unsere größeren Verkaufsläden diese Thatsache. Um so überraschender und geradezu verblüffend wirkt der Effekt einer strahlenden Beleuchtung, wie sie am Böhm. Bahnhofs- und Plauenschen Platze schon seit Monaten zu sehen ist und die seit einigen Tagen an dem neuen Verkaufs-Bazar der bekannten Seidenband- und Putzwaaren-Firma Daniel Schlesinger (Schloßstr. 4) von Herrn Mechaniker Moritz Hille angebracht worden ist. Es sind zwei der so schnell vortheilhaft bekannt gewordenen Siemens'schen Regenerativ-Brenner (der Erfinder ist unser geehrter Mitbürger). Aber auch in anderen Etablissements hat man rasch zu dieser unverkennbar vorzüglichen Neuerung gegriffen. In dem Drucker- und Setzersaale der „Dresdner Nachrichten" sind vier solcher Regenerativ-Brenner angebracht worden, die von dem hiesigen Beleuchtungsgeschäft von Schäber, Rosenstraße, eingerichtet wurden, und sich also auch in geschlossenen Räumen ganz